

Soziales und Politik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **104 (2010)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Soziales und Politik

Düstere Wolken

Text: Neue Zürcher Zeitung vom 25. November 2009

Die Sozialversicherungen können für 2007 noch eine positive Gesamtrechnung vorlegen: Die Einnahmen wuchsen doppelt so stark wie die Ausgaben, der Rechnungssaldo erreichte den höchsten Wert, und die Sozialleistungsquote war tief. 2008 verdüsterte sich aber der Himmel. Diese Entwicklung zeigt die Sozialversicherungsstatistik 2009 des Bundesamtes für Sozialversicherungen. Die Einnahmen der Sozialwerke wuchsen im Jahr 2007 um 6,2 Prozent auf 146 Milliarden Franken und die Ausgaben um 2,6 Prozent auf 121 Milliarden. Der kumulierte Rechnungssaldo steigt auf den Rekordwert von 25 Milliarden Franken.

Die Wirtschaft wuchs damals stärker als die Sozialversicherungsleistungen. Diese machten 2005 22,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus, 2007 waren es noch 21,3 Prozent. Die Einnahmen der Sozialversicherungen wuchsen 2005 bis 2007 etwa proportional zur Wirtschaft. Die „Soziallastquote“, der Anteil der Sozialversicherungseinnahmen am BIP, betrug 2007 (wie schon 2005) 27,5 Prozent. Auf der Einnahmenseite erhöhten sich dank dem starken Wirtschaftswachstum vor allem die Lohnbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber. Auf der Ausgabenseite wurden 2007 Renten und andere Leistungen erhöht. Das Kapital aller Sozialversicherungen nahm 2007 noch um 30,7 Milliarden Franken (oder 4,5 Prozent) zu, allerdings deutlich schwächer als im Vorjahr mit 6,8 Prozent.

Behinderte werden Profischauspieler

Text: Rebecca Wyss in Tages-Anzeiger vom 4. Dezember 2009

Eine Schauspielerausbildung für Menschen mit einer geistigen Behinderung ist für viele Leute nicht so leicht vorstellbar. Nach einer längeren Vorbereitungszeit hat das Theater Hora dieses Projekt Mitte August

verwirklicht. „Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein“, sagt Geschäftsführer Giancarlo Marinucci. Nach den ersten drei Schauspielschülern sollen im Sommer nächsten Jahres die nächsten drei ihre Ausbildung starten. Auf die begehrten Plätze warten bereits zehn Bewerber.

Er stelle schon länger einen Bewusstseinswandel fest, sagt Marinucci. „Die Eltern von Menschen mit einer geistigen Behinderung sind fordernder geworden.“ Man traue Kindern mit einer Behinderung heute mehr zu als noch vor einigen Jahren. Dies sei auch ein Grund, weshalb man den Lehrgang eingeführt habe. „Wir rennen damit offene Türen ein.“ Aber auch finanzielle Überlegungen spielen eine Rolle.

Schwierige Finanzierung

Die jährlichen Kosten des Theaters Hora, das Teil der Stiftung Züriwerk ist, belaufen sich teilweise auf über eine Million Franken. Während die Produktionen durch individuelle Spenden, öffentliche Unterstützungsbeiträge und einen Beitrag der Stiftung Züriwerk getragen werden, ist es laut dem Geschäftsführer zunehmend schwieriger, die produktionsfreie Zeit zu finanzieren. „Das Angebot unserer Ausbildung ist ein möglicher Weg, um an mehr Geld zu kommen.“

Zwei Jahre dauert der Lehrgang mit Aussicht auf eine Anstellung im hauseigenen Ensemble, in dem die Auszubildenden bereits während der Lehrzeit mitspielen. Zur praktischen und theoretischen Schulung gehört, wie bei anderen Schauspielerschülern auch, die Ausbildung der Atmung, Stimme, Bewegung, Konzentration, Impro-

visationsfähigkeit und das Rollenverständnis. Ein Ziel der Verantwortlichen ist es, die Reflexionsfähigkeit zu fördern, also die Fähigkeit, zu verstehen, wie man auf der Bühne wirkt. „Das ist gerade für einen Behinderten sehr schwierig“, sagt der Geschäftsleiter. Für den Interims-Schulleiter und Regisseur Michael Elber ist es ein hartes Stück Arbeit, bis sich die Schauspieler auf der Bühne als solche wahrnehmen. Das Problem stellt sich Profischauspieler ohne Behinderung gar nicht.

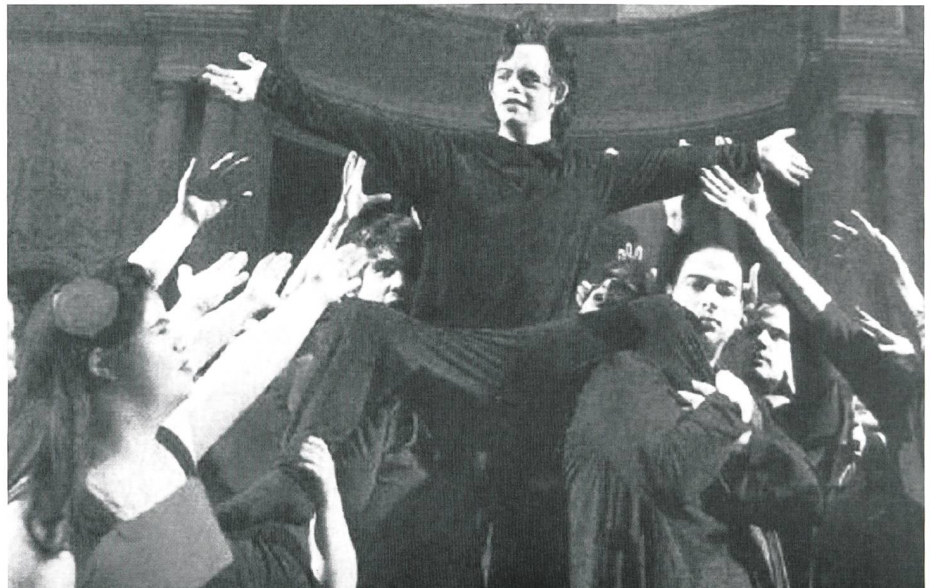
Grandiose Gefühlsexperten

Auch spielen die Profis Sprechtheater, was bei ihren Kollegen vom Hora-Ensemble kaum vorkommt. Dafür blühen letztere im Gefühlstheater umso mehr auf. „Behinderte Schauspieler sind grandiose Gefühlsexperten“, sagt Marinucci. Auch ein Ensemble-Schauspieler mit den kognitiven Fähigkeiten eines Fünfjährigen habe die Gabe, durch seine Bühnenpräsenz Geschichten hervorzurufen, die unter die Haut gehen würden.

Trotzdem ist laut Marinucci das Theater Hora als professioneller Kulturbetrieb in der Gesellschaft nicht akzeptiert. Seine Projekte würden bei öffentlichen Vergaben der Kulturabteilung der Stadt Zürich leer ausgehen, wenn kein professioneller Schauspieler mitwirke. „Es ist auch bedauerlich, dass wir noch nie ans Zürcher Theater Spektakel eingeladen worden sind.“ Entmutigen lässt man sich bei Hora aber nicht. Im Frühling steht schon die nächste Aufführung an: Drei Mitglieder des Ensembles führen dann in einer Koproduktion mit dem Sommerblut-Kulturfestival in Köln ein neues Stück auf.

Szene aus der neusten Theater-Hora-Produktion „Quasimodo geniti“.

Foto PD



Gegen Schranken im Kopf

Text: Basellandschaftliche Zeitung vom 4. Dezember 2009

Behinderte finden oft keine Stelle, die ihren Fähigkeiten entsprechen. Fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Gleichstellung von Behinderten ziehen Behörden und Betroffene eine gemischte Bilanz.

Viele Schranken - unter anderem in den Köpfen der Arbeitgeber - müssten noch abgebaut werden, sagte Bundesrat Didier Burkhalter am 3. Dezember 2009 vor den Medien. Im Jahr 2004 trat das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft, das die Diskriminierung von Behinderten beim Zugang zu Gebäuden, bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen sowie im Arbeitsmarkt beseitigen soll. Es seien Fortschritte zu verzeichnen, zum Beispiel beim öffentlichen Verkehr, der zum grössten Teil heute rollstuhlgängig sei. Trotz den Fortschritten sei die Gleichstellung Behinderter aber noch nicht Realität. So fänden Behinderte oft keine adäquate Arbeit. Da viele Behinderte Teilzeit arbeiteten, müssten mehr entsprechende Stellen geschaffen werden.

Zum selben Schluss kommt Daniel Hadorn, Mitglied des Gleichstellungsrats Egalité Handicap. Dem öffentlichen Verkehr attestierte Hadorn Fortschritte im baulichen Bereich. Hingegen fehle es vielfach an einer Visualisierung. So sei er selber schon auf einem Bahnhof stecken geblieben, weil ein Streckenunterbruch nur über Lautsprecher bekannt gegeben worden sei, sagte der gehörlose Hadorn.

Psychisch Kranke fürchten um ihre Rente

Text: Beat Bühlmann in Tages-Anzeiger vom 4. Januar 2010

Peter Indergand* kommt pünktlich, ist ordentlich gekleidet und so unauffällig wie alle anderen beim Kaffeetrinken im El Greco in Zürich. Doch beim Erzählen stockt er, ringt immer wieder um seine Fassung. Indergand, Mitte 50, war Oberstufenlehrer im Kanton Zürich und lebt seit neun Jahren von der IV-Rente. Er unterrichtet noch drei, vier Stunden an einer Privatschule, mehr liegt nicht drin. „Das würde mich überfordern“, sagt er. Am liebsten würde er sich ganz ausklinken. Die Lust am Unterrichten sei ihm völlig abhanden gekommen.

Indergand leidet an psychischer Erschöpfung, einer Depression. Jede zweite Woche geht er zum Therapeuten in Behandlung. Aber ist er wirklich krank? Und tatsächlich arbeitsunfähig? „Wenn ich mit einem Verband herumlaufen könnte, wäre mir die Teilnahme sicher“, sagt Indergand, „als psychisch Kranker schlägt mir vor allem Misstrauen entgegen.“ So vermeidet er darüber zu reden. „Ich bin es leid, mich dauernd rechtfertigen zu müssen.“

Mit der 6. IV-Revision sind nun auch die psychisch Kranken in den Fokus der Politik geraten. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) will alle laufenden Renten überprüfen und klären, ob die Eingliederung möglich ist. Allein damit sollen der Rentenbestand innert sechs Jahren um 12'500 Fälle und pro Jahr 570 Millionen Franken eingespart werden. Insgesamt muss die IV eine Milliarde einsparen.

Als Schmarotzer verschrien

Auf dem Prüfstand stehen vor allem IV-Renten mit schwer definierbaren körperlichen und psychischen Erkrankungen. Das trifft jene, die unter diffusen Schmerzen (somatoforme Schmerzstörungen), Schleudertraumata, Borderline-Syndrom oder Neurosen leiden. „Wir möchten den Anteil der schwer definierbaren psychischen IV-Fälle von 40 auf 25 Prozent reduzieren“, sagte BSV-Vizedirektor Alard du Bois-Reymond.

Auch SVP-Nationalrat Toni Borotluzzi fordert eine schärfere Praxis gegenüber psychisch Kranken, konkret: gegenüber „psychogenen und milieureaktiven Störungen“. Die Zahl dieser IV-Rentner sei zwischen 1993 und 2006 um 60'000 gestiegen. „Man muss künftig klar trennen zwischen psychischen Erkrankungen und kleineren Verstimmungen und Erschöpfungen, wie wir sie alle kennen.“ Borotluzzi räumt ein, dass die Grenze nicht einfach zu ziehen ist. „Doch wir müssen die Experten unter Druck setzen, damit sie diese Grenze strikter ziehen.“ Es sei gesellschaftspolitisch falsch, so viele Personen mit psychischen Problemen auszusondern.

Wer psychisch erkrankt sei, werde heute schnell als potenzieller Scheininvalid betrachtet, ärgert sich Peter Indergand. „Das politische Klima verunsichert, denn ich fürchte um meine Rente.“ Dieser Druck sei bedrohlich und schaffe zusätzliche Probleme. Auch die 43-jährige Daniela Keller,

die seit zehn Jahren in ärztlicher Behandlung ist und eine Teilrente von 50 Prozent bezieht, sieht sich durch die politische Kampagne in Verruf gebracht. „Am Arbeitsplatz rede ich nie von meinen psychischen Problemen, ich möchte nicht als Simulantin und Schmarotzerin dastehen.“ Daniela Keller leidet seit ihrer Jugendzeit an sozialer Phobie und Panikattacken. Sie würde ihr Arbeitspensum eigentlich gerne um 10 Prozent erhöhen und so „das IV-Korsett etwas lockern“, wie sie sagt. Doch dann wären die Abstriche bei der IV-Rente grösser als die Lohnerhöhung.

Die Angstmacherei um die IV sei zuweilen kaum auszuhalten, sagt Hans Kiener, der seit acht Jahren eine IV-Rente bezieht. Bei der Diskussion um die IV-Zusatzfinanzierung habe er den Fernseher manchmal ausschalten müssen, weil alle nur noch von Missbrauch und Rentenkürzungen geredet hätten. „Manchmal leide ich schon selber unter einem Verfolgungswahn und glaube IV-Detektive vor dem Haus entdeckt zu haben.“

Integration erschwert

Diese Ängste seien unter psychisch Kranken weit verbreitet, bestätigt Jürg Gasmann, Zentralsekretär von Pro Mente Sana. Die Ankündigung der Politik, bei der IV nun im psychischen Bereich zu sparen und Renten zu streichen, Sorge für ein „Klima der Angst“. Bei Pro Mente Sana seien in den letzten Wochen zahlreiche Anfragen von psychisch Kranken eingegangen, die wissen wollten, ob denn ihre Rente noch sicher sei. „So wird die Integration nur erschwert, denn viele kapseln sich ab und fühlen sich in die Enge getrieben.“ In seiner Praxis erlebe er seine Patienten zunehmend verängstigt, sagt auch der Zürcher Psychoanalytiker Werner A. Disler. „Es verbreitet sich unter ihnen eine Art Panikstimmung.“ Es sei absolut widersinnig, diese Ängste zu schüren und gleichzeitig die Eingliederung am Arbeitsplatz zu fordern.

„Der Druck auf psychisch Kranke ist völlig kontraproduktiv“, bestätigt Niklas Baer, Leiter der Fachstelle für Rehabilitation der Psychiatrischen Dienste Baselland. Denn eine Rente vermittele Sicherheit. Wer sie infrage stelle, müsse den Betroffenen mindestens eine wirksame Eingliederung garantieren. Eingliederungsmassnahmen zeigten bis jetzt aber praktisch keine Wir-

kung. „Die Bilanz ist ernüchternd“, sagt Baer. Nicht einmal für 15 Prozent der psychisch Kranken würden berufliche IV-Massnahmen in Erwägung gezogen.

Dabei könnte die Integration mit dem Supported Employment, wie es an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich praktiziert wird, durchaus erfolgreich sein. Laut Klinikleiter Wulf Rössler können dank Job-Coach und individueller Unterstützung im Betrieb jedes Jahr bis zu 100 psychisch Kranke im Arbeitsmarkt gehalten werden. Etwa die Hälfte von ihnen werde nachhaltig integriert. „Wenn wir mehr Betreuungskapazität hätten, könnten wir die Zahl deutlich erhöhen“, sagt Rössler. Denn die Warteliste sei lang.

* Namen der IV-Rentner verändert

Kampf gegen die Armut führt zu Wettstreit zwischen Sozialwerken

Text: David Schaffner im Tages-Anzeiger vom 6. Januar 2010

Die Arbeitslosenkasse, die IV und die Sozialhilfe stehen in harter Konkurrenz um Nischenarbeitsplätze. Viele Firmen stören sich daran, dass immer mehr Vermittler der Sozialwerke bei ihnen anklopfen.

Mit grosser Skepsis reagieren die Verantwortlichen bei den IV-Stellen und den regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV auf den Kampf gegen die Armut in der Schweiz. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) möchte die Anzahl der Armen in den nächsten zehn Jahren halbieren. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, schlägt die Skos vor, dass die Sozialämter künftig konsequent dafür lobbyieren, dass die Firmen mehr Nischenplätze für Sozialhilfeempfänger einrichten, die schon lange nicht mehr gearbeitet haben und daher vermindert vermittlungsfähig sind.

Die Skos setzt damit auf ein Mittel, das einige städtische Sozialämter und vor allem die IV und die RAV schon heute praktizieren. „Die Politik fordert von der Sozialhilfe und der IV mehr Bemühungen für die Reintegration“, sagt Christina Stücheli, Sprecherin des Sozialdepartements der Stadt Zürich. „Die IV, die Sozialhilfe und die RAV suchen alle nach Stellen mit einfachem Profil. Von denen gibt es im Arbeitsmarkt immer weniger.“

Ämter sollen Agentur gründen

Vermittler an der Front bei den IV-Stellen oder RAV erzählen gegenüber dem Tages-Anzeiger, dass immer mehr Firmen genervt reagierten, wenn sie um ein Gespräch ersuchten: „Ich habe viel Zeit in meine Kontakte mit den Unternehmen investiert und konnte so erreichen, dass einige das Risiko auf sich nahmen, einen schwer zu vermittelnden Arbeitslosen einzustellen“, sagt der Leiter eines grossen RAV. „Mittlerweise erzählen mir die gleichen Unternehmen, dass sie immer mehr Anrufe von Vermittlern der verschiedenen Sozialsysteme erhalten und damit überfordert seien, sich für alle die notwendige Zeit zu nehmen.“

Der RAV-Leiter befürchtet, dass die vielen Vermittler jene Firmen vergraulen, zu denen er mit viel Einsatz ein Vertrauensverhältnis aufgebaut hat. Überdies bezweifelt er, dass die Schweizer Wirtschaft im hohen internationalen Druck beliebig viele Nischenarbeitsplätze schaffen könne. Wenn nun ein Sozialhilfeempfänger einer Person die Stelle wegnehme, die erst seit einem Jahr arbeitslos sei und von einem RAV betreut werde, bringe dies nichts.

Der Präsident der IV-Stellen-Konferenz, Stefan Ritler, bestätigt diese Beobachtungen: „Die verschiedenen Akteure bearbeiten den Arbeitsmarkt immer intensiver“, sagt Ritler. Es komme in jüngster Zeit häufiger vor, dass sich die Unternehmen darüber beschwerten, dass zu viele Ämter bei ihnen anklopfen.

„Unser System krankt daran, dass sich zu viele verschiedene Kassen um Menschen ohne Arbeit kümmern und so in einen Konkurrenzkampf untereinander geraten“, erklärt Ritler. Jede Kasse stehe unter einem enormen politischen Druck, die Defizite abzubauen. Dieser Druck verschärfe das Konkurrenzdenken zusätzlich. Allein die IV-Stellen haben den Auftrag, in der Schweiz in den kommenden Jahren rund 12'500 Rentner zurück in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nun möchte die Skos auch noch Tausende von Sozialhilfeempfängern in der Wirtschaft unterbringen.

Vermittler müssen vor Ort sein

Für viele Beteiligte gibt es nur eine Lösung gegen die schädliche Konkurrenz: mehr Zusammenarbeit. Der Luzerner Sozialdirektor und Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, Ruedi Meier, sagt: „Wir

sollten eine gemeinsame Arbeitsagentur für die Arbeitslosenversicherung, die IV und die Sozialhilfe gründen.“ Eine solche Institution könnte koordiniert gegenüber den Arbeitgebern auftreten und so mehr Nischenarbeitsplätze akquirieren. Zwar gebe es grosse Unterschiede zwischen einem Sozialhilfebezüger und einer Person, die erst kürzlich die Stelle verloren habe. Die Ansprechpartner in der Wirtschaft seien aber oft die gleichen.

Kein Problem mit der zunehmenden Konkurrenz hat Andreas Dummermuth, der Leiter der IV-Stelle Schwyz. „Endlich haben alle Sozialwerke gemerkt, dass sie etwas für die Reintegration tun müssen.“ Die Idee einer gemeinsamen Agentur lehnt er ab: „Deutschland und Frankreich haben zentrale Agenturen geschaffen und machen heute nichts anderes, als die Massenarbeitslosigkeit zu verwalten.“ Viel besser sei, wenn die Vermittler vor Ort in der Region seien und sich ein persönliches Netz aufbauten. „Nischenarbeitsplätze zu finden, ist eine sehr mühsame Arbeit, die nur in engem Kontakt mit der Wirtschaft möglich ist.“ Dummermuth glaubt nicht, dass die Firmen damit überfordert seien, mit drei Ämtern im Kontakt zu stehen. Jedes kleine Unternehmen unterhalte ein grosses Kontaktnetz. Da gebe es auch Platz für drei Sozialwerke.

Phonak verlangt Disziplinarverfahren gegen BSV-Spitzenbeamte

Text: Tages-Anzeiger vom 25. Januar 2010

Der Hörgerätehersteller Phonak hat gegen das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) eine Beschwerde eingereicht. Grund seien „haltlose Behauptungen“ über Preisabsprachen und Kartelle am Hörgerätemarkt, teilte Phonak mit. Phonak verlangt, dass Spitzenbeamten des BSV untersagt werde, solche Aussagen zu machen. Zudem fordert der grösste Hörgerätehersteller der Schweiz ein Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Direktor der Invalidenversicherung, Alard du Bois-Reymond, sowie den Hörgeräte-Spezialisten Gregor Sprenger.